

Redebeitrag

**des Parlamentarischen Staatssekretärs
beim Bundesminister der Finanzen,
Hartmut Koschyk MdB,**

**anlässlich
der Aktuellen Stunde**

**„Konsequenzen aus dem Ergebnis der Steuerschätzung für
die Steuersenkungspläne der CDU/CSU-FDP Koalition“**

im Deutschen Bundestag

am 6. Mai 2010

Hartmut Koschyk, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Das Ergebnis der SchätZRunde von Ländern, Instituten und Bundesregierung ist eindeutig: Bund, Länder und Gemeinden werden in den kommenden Jahren sehr enge finanzielle Handlungsspielräume haben. Die Folgen der Krise werden sich dabei noch über Jahre auf die öffentlichen Haushalte auswirken.

Für dieses Jahr ergibt die jetzige Steuerschätzung keine wesentliche Änderung gegenüber der letzten Steuerschätzung vom November. Hier wirken sich die von der Bundesregierung vorgenommenen Steuerentlastungen einerseits und die verbesserte Konjunkturlage andererseits aus, sodass es unter dem Strich zu einer leichten Verminderung des Steueraufkommens kommt und nicht zu der im Vergleich zur letzten Schätzung befürchteten Verminderung. Aber in den Jahren ab 2011 werden die Einnahmen auf allen staatlichen Ebenen im Vergleich zur letzten Mittelfriststeuerschätzung vom Mai 2009 deutlich geringer ausfallen.

(Carsten Schneider (Erfurt) (SPD): Überraschung!)

Das liegt auch daran, dass vor einem Jahr das volle Ausmaß der Krise noch nicht erfasst werden konnte. Und Sie erinnern sich sicherlich daran: Die Bundeskanzlerin hat in der Haushaltsdebatte gesagt, dass wir uns werden anstrengen müssen, um im Jahr 2013, was das Niveau der Volkswirtschaft und der Einnahmen aller staatlichen Ebenen angeht, wieder dort anzukommen, wo wir vor der Krise waren. Auch das macht die heutige Steuerschätzung deutlich: Sie prognostiziert für das Jahr 2013 ein gesamtstaatliches Steueraufkommen von 561 Milliarden Euro. Das hatten wir zuletzt im Jahre 2008, also vor dem Einbruch der Krise.

Eines ist uns in diesen Tagen sehr deutlich geworden, nämlich dass vor allem die aktuellen Entwicklungen in Europa die existenzielle Bedeutung solider Staatsfinanzen in den Mittelpunkt aller politischen Betrachtungen rücken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Nur auf der Basis einer Solidität der Finanzpolitik ist der Erfolg des Euro auf Dauer zu sichern. Deutschland wird als Stabilitätsanker und als glaubwürdiges Vorbild in der EU heute und in Zukunft gebraucht. Die Steuerschätzung ändert nichts daran, dass auch Deutschland 2010 die als Obergrenze konzipierte 3-Prozent-Marke für das Staatsdefizit mit 5,5 Prozent weit überschreiten wird. Umso wichtiger ist es, dass wir die vom Stabilitäts- und Wachstumspakt geforderten 3 Prozent bis zum Jahr 2013 wieder erreichen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Werte Kolleginnen und Kollegen, für den Bundeshaushalt bedeutet das Ergebnis der heutigen Steuerschätzung,

(Sven-Christian Kindler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist wahr: Es gibt keine Spielräume für Steuersenkungen!)

dass wir in den nächsten Jahren außerordentlich ehrgeizig sein müssen. In den Jahren 2011 bis 2013 haben wir gegenüber dem geltenden Finanzplan aus dem Sommer 2009 Mindereinnahmen in Milliardenhöhe zu verkraften. Die Konsequenzen aus der heutigen Steuerschätzung werden wir im Rahmen unseres haushaltspolitischen Gesamtkonzeptes

(Carsten Schneider (Erfurt) (SPD): Welches? Das würden wir gern kennenlernen!)

für den Haushalt 2011 und den Finanzplan bis 2014 genau bewerten.

(Hubertus Heil (Peine) (SPD): Sie haben kein Konzept!)

Dabei leiten uns natürlich die Vorgaben der Schuldenbremse des Grundgesetzes. Die neue Schuldenregel gilt erstmals für die nun anstehende Aufstellung des Haushaltes 2011 und den Finanzplan bis 2014. Bis zum Jahr 2016 müssen wir die strukturelle Neuverschuldung im Bundeshaushalt auf unter 35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zurückführen. Hierfür sind entschiedene

Konsolidierungsschritte erforderlich. In absoluten Zahlen heißt das: Der Bund muss seine strukturelle Neuverschuldung bis 2016 jährlich um 10 Milliarden Euro abbauen.

Es gibt keine verantwortbare Alternative zu einer solchen Politik. Wir müssen raus aus dem Schuldenwachstum, das dazu geführt hat, dass bereits heute bei historisch niedrigen Zinsen 37 Milliarden Euro im Bundeshaushalt allein für Zinsen ausgegeben werden müssen. Wenn wir unsere Handlungsfähigkeit auch in Zukunft sichern wollen, müssen wir diese Entwicklung stoppen. Dazu ist diese Koalition entschlossen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Gerade vor diesem Hintergrund haben wir im Koalitionsvertrag eine goldene Regel für die Finanzpolitik festgehalten: vor allem ein dezidiertes Bekenntnis zur Schuldenbremse sowie zu den Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Wir haben einen expliziten Finanzierungsvorbehalt für alle Ausgaben und Haushaltsbelastungen festgeschrieben.

(Hubertus Heil (Peine) (SPD): Hört! Hört!)

Aber auch nach der Steuerschätzung bleibt es bei dem verabredeten Zeitplan und der Grundausrichtung. Wir haben jetzt eine solide Grundlage für die Verhandlungen über den Bundeshaushalt 2011 und den mittelfristigen Finanzplan. Die Beratungen mit den Ressorts werden bis zum Sommer abgeschlossen sein. Alle Aufgaben- und Ausgabenbereiche sind kritisch zu hinterfragen. Zusätzliche Maßnahmen müssen solide gegenfinanziert werden.

Wir sind zuversichtlich, dass es dieser Koalition gelingen wird, 2011 und in den Folgejahren die notwendigen Konsolidierungsschritte zu machen. Wir werden es schaffen, vor allem durch Aufgabenkritik und Ausgabendisziplin,

(Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre ja ganz neu! Was machen Sie bisher?)

die Vorgaben der Schuldenbremse konsequent und glaubwürdig umzusetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen wir uns die nötigen Spielräume erarbeiten, um die Bürger weiter zu entlasten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das Erarbeiten dieser Spielräume ist übrigens nicht nur eine Aufgabe des Bundesfinanzministers. Alle Ressorts sind gefordert, dabei mitzuhelfen. Das heißt, dass zusätzlichen Ausgaben, wie zu Beginn der Haushaltsaufstellung in Milliardenhöhe gefordert, im Haushalt in keiner Weise entsprochen werden kann.

Wir haben mit der Entlastung von kleinen und mittleren Einkommen am 1. Januar 2010 begonnen.

(Widerspruch des Abg. Carsten Schneider (Erfurt) (SPD))

Diesen Weg für mehr Wachstum und Beschäftigung werden wir konsequent weitergehen. In der Koalition herrscht klares Einvernehmen darüber, dass wir 2011 noch keine Senkung der Einkommensteuer vornehmen werden.

(Hubertus Heil (Peine) (SPD): Hotellobbyist!)

Unsere gemeinsame Priorität für 2011 liegt darin, einen ersten Schritt zur Steuervereinfachung zu gehen.

(Carsten Schneider (Erfurt) (SPD): Oh! - Joachim Poß (SPD):
Das ist ja hochbedeutungsvoll!)

Bundesfinanzminister Schäuble hat gerade vor der Presse deutlich gemacht, dass wir unterscheiden müssen: Es gibt Steuervereinfachungen, die kostenneutral sind; wir müssen und werden aber auch über Steuervereinfachungen diskutieren, die am Schluss eben nicht zum Nulltarif zu haben sind.

Wenn wir schon über Steuervereinfachungen reden, dann muss uns dabei deutlich sein, dass vor allem die Komplexität unseres Steuersystems für viele Bürger als Belastung empfunden wird. Vereinfachungen würden bei Bürgern und

Unternehmen einen beträchtlichen Entlastungseffekt erzeugen. Wir wollen, dass es leichter wird, Steuererklärungen auszufüllen. Daran arbeiten wir. Wir wollen eine spürbare Vereinfachung für viele Bürger erreichen. Darauf wollen wir uns zunächst einmal konzentrieren.

Aber ich sage auch sehr deutlich: Die Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen bleibt auf der Tagesordnung. Wir wollen in dieser Wahlperiode nach der schon begonnenen Entlastung der Familien, des Mittelstands und der Familienbetriebe eine weitere Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen umsetzen, so wie wir das im Koalitionsvertrag vereinbart haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir werden darüber beraten, in welcher Form wir dies in dieser Wahlperiode umsetzen.

Daneben haben wir uns ganz groß auf die Agenda geschrieben, die kommunalen Gemeindefinanzen, aber auch die Ausgabensituation unserer Kommunen durch eine Regierungskommission mit schnellen Ergebnissen auf den Prüfstand zu stellen.

(Hubertus Heil (Peine) (SPD): Noch eine Kommission! - Weitere Zurufe von der SPD)

Das hat keine Koalition und keine Regierung vorher so energisch angepackt wie die christlich-liberale Koalition.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP - Lachen bei der SPD)

Sie haben über dieses Thema immer nur geredet, wir haben es auf die Agenda gesetzt. Deshalb wird gerade auch auf der Zukunftsfähigkeit der Kommunalfinanzen ein ganz wichtiges Augenmerk bei den weiteren Maßnahmen dieser Regierung für eine wachstumsorientierte Steuerpolitik und eine notwendige Konsolidierung liegen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP - Hubertus Heil (Peine)
(SPD): Glauben Sie das, was Sie da abgelesen haben?)